den ersten Blick wie ein Orchideenthema anmuten mag, steht unstrittig im Zentrum der ostmittel- und osteuropäischen neueren Wirtschafts-, Sozial-, Politik- und Kulturgeschichte. Zu deren Erforschung hat der Band einen beträchtlichen Beitrag geleistet.

Salzburg

Christoph Boyer

Ausgebeutet oder alimentiert? Regionale Wirtschaftspolitik und nationale Minderheiten in Ostmitteleuropa (1867-1939). Hrsg. von Uwe Müller. (Frankfurter Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Ostmitteleuropas, Bd. 13.) Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2006. 257 S., Abb., Ktn., Tab. (€ 49,-)

Ausgebeutet und im Zustand der Unterentwicklung belassen – oder durch eine Zentralregierung wirtschaftlich gefördert und auf den Weg gebracht: Dies waren, mit vielen faktisch möglichen Zwischenstufen, die beiden Extreme des Verhältnisses zwischen politischem Zentrum und Region im Ostmitteleuropa des ausgehenden 19. und des frühen 20. Jh.s. Wo der Staat sich zu wirtschaftspolitischen Interventionen veranlasst sah, war im ethnisch-national intensiv durchmischten Ostmitteleuropa alle Regionalpolitik zwangsläufig auch immer Nationalpolitik; sie war Entwicklungspolitik zugunsten – und damit eben auch zuungunsten – bestimmter Ethnien bzw. Nationalitäten.

Der vorliegende, vom Herausgeber Uwe Müller mit einer kundig und präzise argumentierenden Einleitung versehene Sammelband analysiert diese komplizierte Gemengelage wirtschafts- und nationalpolitischer Strategien und die hieraus resultierenden komplexen Wechselwirkungen zwischen Ökonomie und Nationalgesellschaft. Die Autoren des Bandes nehmen die ostmitteleuropäischen Teilstücke des Deutschen Kaiserreichs (d.h. die polnischen Provinzen Preußens) und der Habsburgermonarchie (cisleithanisches Galizien, transleithanisches Oberungarn) in den Blick und verfolgen die Entwicklung bis in die Zwischenkriegszeit hinein (Erste tschechoslowakische Republik und wiedergegründeter polnischer Nationalstaat). Die Beiträge gruppieren sich in der Form binationaler Tandems: Franz Baltzarek und Piotr Franaszek zu Galizien, Zoltán Kaposi und Roman Holec zu Oberungarn/Slowakei bis 1918, Uwe Müller und Stefan Kowal zu den preußischen Teilungsgebieten Polens, Drahomír Jančík und L'udovít Hallon zur Slowakei der Zwischenkriegszeit; hinzu kommt ein Aufsatz von Werner Benecke zu den polnischen *Kresy* der Zwischenkriegszeit.

Den Beginn der Untersuchung bildet der österreichisch-ungarische Ausgleich von 1867: Von da an lässt sich eine staatlich-cisleithanische von einer transleithanischen Wirtschaftspolitik unterscheiden. Einen sehr viel weniger bedeutenden Einschnitt markiert, für den deutschen Fall, das Jahr 1871: Der preußische Staat war in den Ostprovinzen des Reiches vor wie nach dem Jahr der Reichsgründung *der* maßgebliche wirtschafts- und nationalpolitische Akteur. Die Betrachtung endet mit dem Beginn des Zweiten Weltkriegs. Die deutsche Besatzung, dann die Ära des Staatssozialismus: Dies wären eigene, neue regional- und minderheitenpolitische Geschichten. Eine wichtige Binnenzäsur ist, aus offensichtlichen Gründen, das Jahr 1918, des Weiteren die Weltwirtschaftskrise, die einen neuerlichen markanten Schub der Staatsintervention auslöste; vielerorts wurden so im Europa der dreißiger Jahre regionale Entwicklungspolitiken neu erfunden. In Ostmitteleuropa konnten diese auf die im Rahmen der Nationalitätenproblematik entstandenen älteren Traditionen des Umgangs mit regionalen Gefällen aufbauen.

In der cisleithanischen Abteilung der habsburgischen Monarchie war der Koerber-Plan der wohl bekannteste Anlauf zu einem großangelegten Infrastrukturprogramm, welches die binnenwirtschaftliche Integration fördern und relative Rückständigkeit beseitigen sollte. Diese Demonstration staatlicher Fürsorge gegenüber den Nationalitäten scheiterte allerdings an den Eifersüchteleien regionaler Interessengruppierungen hinsichtlich der Verteilung der Investitionsmittel. Die Wirtschaftspolitik Transleithaniens war in der Anlage „ökonomischer“: Sie war primär branchen-, nicht regional- oder nationalitätenpolitisch orientiert, präferierte also nicht offen die Magyaren bzw. richtete sich nicht evidentermaßen ge-

gen die nationalen Minderheiten, sondern setzte, etwa durch Auslösung von Migrationsströmen in die magyarischen Zentren, auf die quasi automatisch assimilierende Wirkung von ökonomischer Modernisierung. Für die Rückständigkeit der slowakischen Gebiete war also nicht in erster Linie eine bewusste Vernachlässigung aus nationalpolitischer Ranküne verantwortlich, maßgeblich waren eher „die Umstände“, etwa die Randlage Oberungarns zur Metropole Budapest. Bei näherem Hinschen spielte dann allerdings die – die Belange der ökonomischen Effizienz konterkarierende – Nationalpolitik doch eine gewisse Rolle, etwa bei der Vergabe von Staatsaufträgen oder Krediten.

In Preußen war die Bewahrung der nationalen Besitzstände in der „deutschen Ostmark“ bzw. deren weitere Germanisierung das Ziel – dem die polnische Nationalbewegung allerdings sehr viel energischer entgegentrat als die slowakische in Oberungarn. Alle Wirtschafts- und Regionalpolitik geriet so unverzüglich und unweigerlich auf das Terrain des Nationalitätenkampfes. In Cisleithanien wie in Transleithanien ebenso wie in Preußen waren es letztlich Nationalitätenfragen, die die Regierungen zu regionalpolitischen Interventionen je unterschiedlicher Kalibrierung und mit im Einzelnen unterschiedlichen Mitteln veranlassten. Nach 1918 wurden die Programme zur Entwicklung der östlichen Landesteile in den neuen National-, faktisch Nationalitätenstaaten Polen und Tschechoslowakei eher schleppend umgesetzt. Der Wirtschaftsnationalismus zugunsten der neuen Staationsnationen richtete sich in Polen in erster Linie gegen die Deutschen; in der Tschechoslowakei begünstigte er die Tschechen gegen die Deutschen, erst in zweiter Linie wirkte er sich zum Wohl der Slowaken aus. Weder in Polen noch in der Tschechoslowakei gelang in der Zwischenkriegszeit die Beseitigung der inneren ökonomischen Disparitäten. Instrumente und Konzepte der Regionalpolitik wurden so, im Vertrauen auf die Überlegenheit der Staationsnation, eher zu deren Gunsten und im Geist des Wirtschaftsnationalismus gehandhabt.

Der Band hat ein Problemfeld zum Gegenstand, dem die Forschung bislang, sowohl im Blick auf die Einzelmaterien wie auch in vergleichender Perspektive, noch viel zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet hat. Kursierende Mythen – etwa die Legende von der Vernachlässigung der polnischen Teilungsgebiete durch „ihre“ imperialen Mächte vor 1918 – geraten durch die binationale Anlage der Beiträge ins Wanken: So ist etwa die Doppelung der nationalen Blickwinkel einer Dekonstruktion der These von der systematischen Benachteiligung Galiziens „durch Wien“ förderlich. Galizien hätte, so die kontrafaktische Überlegung, als selbständiger Staat eher noch weniger reüssiert; ein bedeutendes Entwicklungshemmnis war im cisleithanischen Osten nämlich nicht eine ausbeuterische oder bestenfalls wirtschaftspolitisch passive „Zentrale Wien“, sondern die wirtschaftsfremde, insbesondere an Investitionen im Land kaum interessierte einheimische Aristokratie. Auch die polnischen Teilungsgebiete dürften von ihrer Zugehörigkeit zum Deutschen Reich wirtschaftlich eher profitiert haben. Zum Gesamtbild gehört, dass sich in der Habsburger Monarchie insgesamt wie in ihren beiden Reichshälften der Rückstand der Peripherien zu den Zentren vor dem Ersten Weltkrieg verringerte. Im Hinblick auf das Deutsche Reich sind die Ergebnisse weniger eindeutig.

Salzburg

Christoph Boyer

Kollegen – Kommilitonen – Kämpfer. Europäische Universitäten im Ersten Weltkrieg. Hrsg. von Trude Maurer. (Pallas Athene. Beiträge zur Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte, Bd. 18.) Franz-Steiner-Verlag. Stuttgart 2006. 376 S. (€ 47,-.)

Der vorliegende Band geht auf eine Konferenz in Göttingen 2005 zurück. Die 21 Teilnehmer aus sieben Ländern widmeten sich einem besonderen Aspekt von Universitätsgeschichte: Universitäten und Universitätsangehörige unter den Bedingungen des Krieges, hier des Ersten Weltkriegs. Dies geschah im Rahmen eines von der Volkswagenstiftung finanzierten Forschungsprojekts „Deutsche und russische Universitäten im Ersten Weltkrieg. Vergleichende Studien zum Verhältnis von Gesellschaft, Wissenschaft und Politik“.